

## Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 1/2010

29. Jänner 2009

Das geplante Erstaufnahmezentrum für Flüchtlinge in Eberau sowie die Präsentation der neuen Wissenschaftsministerin dominierten die heutigen Beratungen des Nationalrats. Diese Themen sowie die wichtigsten Gesetzesbeschlüsse fasse ich Euch kurz zusammen.

### **Geplantes Erstaufnahmezentrum Eberau prägt derzeit die Asylpolitik**

Das aus burgenländischer Sicht wichtigste Thema der Nationalratssitzung war die Debatte über die Flüchtlingspolitik und über das geplante Erstaufnahmezentrum Eberau. Die Misstrauensanträge, die FPÖ und Grüne gegenüber Innenministerin Maria Fekter eingebracht hatten, wurden dabei mit großer Mehrheit abgelehnt.

In meiner Rede im Plenum habe ich mich dafür ausgesprochen, das Asylthema wieder auf einer sachlichen Ebene zu debattieren. Denn SPÖ und FPÖ sind nur darauf aus, Emotionen zu schüren. Die vielen ablehnenden Reaktionen der Bevölkerung in und um Eberau sind sicher kein Zeichen von Fremdenfeindlichkeit, sondern sind der Unsicherheit zuzuschreiben. Klar ist für mich auch, dass die Bundesregierung für die Unterbringung von Asylsuchenden Verpflichtungen eingegangen ist, die auch die SPÖ und die Bundesländer mitzutragen haben.

### **Beatrix Karl ist neue Wissenschaftsministerin**

Im Nationalrat hat Beatrix Karl ihre Pläne als neue Wissenschaftsministerin vorgestellt. Ich bin sicher, dass wir damit eine gute Nachfolgerin für Johannes Hahn gefunden haben. Beatrix Karl ist eine ausgewiesene Expertin für Bildungs- und Hochschulpolitik. Als bisherige ÖVP-Fraktionsführerin im Wissenschaftsausschuss hat sie mit ihrer Kompetenz viel Anerkennung gefunden.

### **Wahlrechtsänderungen verbessern Briefwahl und erhöhen Bürgerservice**

Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ wurde das Wahlrechtsänderungsgesetz novelliert. Einige Neuerungen beziehen sich auf die Briefwahl: Die dafür benötigte Wahlkarte erhält künftig eine verschließbare Lasche, damit persönliche Daten nicht mehr von außen ersichtlich sind. Bei Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen müssen Wahltag und die Uhrzeit der Stimmabgabe künftig nicht mehr auf der Wahlkarte angegeben werden. Dieses Erfordernis hatte bei der Nationalratswahl 2008 zu vielen ungültigen Stimmen geführt. Auch die zwingende Übermittlung auf dem Postweg entfällt. Etwaige Portokosten übernimmt in Zukunft der Staat.

Gebrechliche Personen, die nicht persönlich ins Wahllokal kommen, können künftig die automatische Zusendung einer Wahlkarte beantragen ("Wahlkarten-Abonnement"). Bei "fliegenden" Kommissionen kann man künftig auch Volksbegehren unterschreiben. Die Veröffentlichung von Wahlvorschlägen und Ergebnissen wird im Internet statt in der Wiener Zeitung erfolgen. Am Wahltag selbst sind Wahlvorschläge nicht nur wie bisher in der Wahlzelle anzuschlagen, sondern schon vor dem Wahllokal.

## Nationalrat verstärkt Diskussion von EU-Themen

EU-Themen bekommen im österreichischen Parlament einen immer höheren Stellenwert. Künftig wird es viermal pro Jahr Aktuelle Europastunden in unseren Plenardebatten geben, dazu zwei Mal pro Jahr aktuelle Erklärungen von Regierungsmitgliedern zu EU-Themen. Die Verhandlungen im EU-Hauptausschuss des Nationalrats werden zudem für die Medien geöffnet.

## Entwicklungszusammenarbeit ist wichtigste Maßnahme gegen Menschenhandel

In einer EntschlieÙung hat der Nationalrat die Bundesregierung ersucht, sich international verstärkt für die Bekämpfung von Kindersklaverei und Menschenhandel einzusetzen. In meiner Wortmeldung habe ich darauf hingewiesen, dass vor allem die Ursachen für solche Missstände bekämpft werden müssen. Es sind Armut und Perspektivlosigkeit, die den Menschenhändlern ihr Handwerk leicht machen. Entwicklungszusammenarbeit, die die Lebensaussichten der Menschen in ihren Heimatländern verbessern, ist eine grundlegende Voraussetzung.

## Umweltprüfung für grenzüberschreitende Projektvorhaben

Ein internationales Protokoll über die strategische Umweltprüfung präzisiert die Anwendung von Umweltverträglichkeitsprüfungen, die sich auf grenzüberschreitende Projekte beziehen. Strategische Umweltprüfungen kommen bereits im Vorfeld von Projekten zur Anwendung, wenn bestimmte Pläne und Programme erstellt werden.

### Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Mit den besten Wünschen und mit herzlichen Grüßen

**Franz Glaser**

Abgeordneter zum Nationalrat